

Es fehlen Tausende Lehrerinnen und Lehrer

Mangel spitzt sich zu In zwei Monaten startet das neue Schuljahr und viele Schulen suchen händeringend nach Lehrkräften. Lücken werden mit «unqualifizierten Schnellbesetzungen» gestopft. Nun reagieren mehrere Kantone mit politischen Vorstössen.

Alessandra Paone

Lehrerinnen und Lehrer gesucht! Die wiederkehrenden Aufrufe der Schulen – in diesem Jahr sind sie lauter, verzweifelter auch. Die Jobportale der kantonalen Verwaltungen sind voll mit offenen Stellen, die ab August noch besetzt werden müssen. In einigen Kantonen sind es mehrere Hundert.

Die Not ist gross. Und zwar in fast allen Kantonen, wie der Präsident des Schweizer Schulleiterverbands, Thomas Minder, sagt. Als Gründe nennt er unter anderem die steigenden Schülerzahlen, aber auch die Pensionierung der Babyboomer-Generation. Minder ist selbst Schulleiter in Eschlikon im Thurgau. In seinem Kanton sind zurzeit 75 Stellen für ein Pensum von 50 bis 100 Prozent offen; im Kanton Aargau sind es 392. Am stärksten sei der Mangel im Kanton Bern spürbar, sagt Minder.

Gemäss der Berner Bildungsdirektion waren Ende Mai total 402 Stellen ausgeschrieben, davon 233 unbefristet und 169 befristet. Weil die Lage derart angespannt ist, umwerben die Behörden auch Pensionierte, Kulturschaffende und Studierende. Eine pädagogische Ausbildung ist längst nicht mehr zwingend. Was dem Lehrerverband Schweiz (LCH) gar nicht gefällt.

Das hohe professionelle Niveau des Berufs müsse geschützt und anerkannt werden, sagt dessen Präsidentin Dagmar Rösler. «Wenn Quereinsteiger Schnellbleichen erhalten, Klassenassistenten pädagogische Aufgaben ausführen oder gänzlich unqualifizierte Personen als Lehrerinnen oder Lehrer eingestellt werden, schwächt dies das Ansehen des Berufs und die Qualität des Unterrichts.»

Zur Not geht es auch ohne Ausbildung

Ralph Frantzen ist Schulleiter und Klassenlehrer in Bütigen im Kanton Bern und seit über 30 Jahren als Lehrer tätig. Der 54-Jährige sucht für seine Schule ebenfalls eine Lehrperson, die ab August die fünfte und sechste Klasse unterrichtet. Die Schülerinnen und Schüler haben das Inserat für die offene Stelle selbst geschrieben und gestaltet – TeleBärn hat darüber berichtet. Gebracht hat es aber wenig. Die Stelle sei seit Februar ausgeschrieben,



Im Kanton Aargau sind zurzeit fast 400 Stellen für Lehrkräfte ausgeschrieben: Primarschule in Suhr. Foto: Christian Beutler (Keystone)

doch bis jetzt habe man niemanden finden können, sagt Frantzen. «Oder niemand Brauchbares.» Denn jemand ohne Ausbildung kommt für ihn als Klassenlehrperson nicht infrage – noch nicht. Er sagt: «Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte und keine Kinderbetreuer.»

Der Kanton Zürich erlaubt für das kommende Jahr ebenfalls Anstellungen von nicht ausgebildetem Personal. Auch dort ist die Situation prekär. Auf dem kantonalen Stellenportal waren Ende letzten Monats 648 Stellen ausgeschrieben.

Der Lehrermangel besteht bereits seit mehreren Jahren und spitzt sich weiter zu. «Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, die Politik hat den Lehrermangel aber zu wenig ernst genommen und unsere Einwände als Jammern abgetan», sagt LCH-Präsidentin Rösler.

Für Schulleiter und Lehrerinnen ist klar: Damit junge Leute

den Lehrerberuf wählen und ihren Job nicht bereits nach wenigen Jahren hinschmeissen, müsse er attraktiver werden.

Der Lohn spielt dabei eine wichtige Rolle. Lehrerinnen und Lehrer verdienen rund 20 Prozent weniger als Personen, die einen Beruf in der Privatwirtschaft mit ähnlichen Anforderungen ausüben, sagt Rösler. Sie bezieht sich dabei auf Studien des LCH, die allerdings umstritten sind. Stefan Denzler, stellvertretender Direktor der schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung, stellte etwa fest, dass Primarlehrer im Vergleich zu Personen mit einem dreijährigen Fachhochschulstudium «sehr gut» dastünden.

Rösler weist auch auf die grossen kantonalen Unterschiede bei den Salären hin. Tatsächlich gibt es zum Beispiel auf Kindergartenstufe zwischen dem Kanton mit dem niedrigsten (Graubünden) und jenem mit dem höchsten Einstiegslohn (Luzern) einen Unter-

schied von jährlich 21'000 Franken. Auf Primarstufe beträgt die Differenz zwischen dem tiefsten (Neuenburg) und dem höchsten Maximallohn (Zürich) gar rund 44'000 Franken. Auf Sek-Stufe sieht das Bild zwar etwas ausgeglichener aus, aber auch dort gibt es kantonale Unterschiede von mehreren Tausend Franken.

Kantone müssen Geld in die Hand nehmen

Die grossen Lohnunterschiede führen dazu, dass Lehrpersonen in besser zahlende Kantone abwandern. «Man kann es ihnen nicht verübeln», sagt der Bütiger Schulleiter Ralph Frantzen. Im Kanton Bern verdient eine Primarlehrerin frisch ab Ausbildung rund 5400 Franken netto pro Monat, im Nachbarkanton Solothurn einige Hundert Franken mehr. Er selbst bezieht in seiner Funktion als Schulleiter und Klassenlehrer mit 33 Jahren Berufserfahrung ein Nettomonats-einkommen von 7780 Franken.

Die Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit der Lehrpersonen ist ein weiterer Punkt. Carl Bossard war Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug; heute leitet er Weiterbildungen und berät Schulen. Er sagt: «Der Fokus an den Schulen liegt häufig zu stark auf der Organisation des Unterrichts.» Entscheidend sei der Kernauftrag mit den Lernprozessen. Hier müsse das Schwergewicht liegen.

Bossard fällt zudem auf, dass an Pädagogischen Hochschulen heute nicht selten vermittelt werde, der Lehrberuf könne zu Beginn nur in Teilzeit geleistet werden, weil er zu anspruchsvoll sei. «Diese Botschaft ist fatal», sagt er. Eine solche Sicht auf den Unterricht sollte nicht vermittelt werden.

Geht es nach den Berufsverbänden, steht nun die Politik in der Pflicht. «Es ist höchste Zeit, wirksame Massnahmen zu ergreifen, die auch mit Mehrkosten verbunden sein werden», sagt

LCH-Präsidentin Rösler. Konkret: Es braucht Geld. Die Botschaft scheint angekommen zu sein – auch über das lehreernahe linksgrüne Lager hinaus. In vielen Kantonen wurden politische Vorstösse zum Thema eingereicht.

Im Aargau etwa überwies der Grosse Rat im Januar diskussionslos ein Postulat, das ein Monitoring zur Anzahl ungenügend qualifizierter Lehrpersonen an Schulen verlangt. Der LCH hat die Kantonalensektionen aufgerufen, ähnlich lautende Vorstösse in weiteren Kantonen zu lancieren. In Appenzell Ausserrhodens, Glarus und Solothurn sind solche geplant oder wurden bereits eingereicht.

Wie viele Stellen bis August noch besetzt werden können, ist schwer zu sagen. Der Bütiger Schulleiter Frantzen sagt: «Man wird nach den Sommerferien sagen, das Problem gelöst zu haben – ohne zu erwähnen, dass dies mit unqualifizierten Schnellbesetzungen erfolgt ist.»